

**SSB „Graue Panther“
Ostlandweg 5
37075 Göttingen**

Soziales und Gesundheit

Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in der Gesetzlichen und privaten Krankenversicherung?

In der nächsten Legislaturperiode sehen wir dort keine Änderungen: die Privaten Krankenversicherungen haben keine steuernden Einflussmöglichkeiten, sie werden weiter überteuerte Preise zahlen müssen und ihre Beiträge für ältere Versicherte immer weiter erhöhen oder Leistungen einschränken. Die Gesetzlichen Krankenversicherungen werden Zusatzbeiträge durch das angesammelte Kapitalpolster noch eine Weile vermeiden können - ob das für vier Jahre trägt wird sich noch erweisen.

Was würden Sie verbessern und wieder sozialer gestalten?

Die Finanzierung des Gesundheitssystems betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sehen wir in der Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherung unter Berücksichtigung möglichst aller Einkommensarten ein sinnvolles Modell zur Finanzierung dieses Systems.

Wie bewerten Sie das derzeitige Pflegeversicherungskonzept – auch „Pflege Bahr“ genannt?

Das ist eine nur für die Versicherungsunternehmen nützliche Veranstaltung, ein Beispiel völlig überflüssiger Lobbypolitik.

Was gedenken Sie Grundlegendes zu ändern?

Jedes politische Konzept, das Risiko "Pflegefall" privat zu "versichern", ist der Versuch, sich aus der sozialen Verantwortung zu stehlen. Jeder Mensch muss in die Lage versetzt werden, über ein existenzsicherndes Grundeinkommen sein Leben gestalten zu können und die dafür notwendige pflegerische und ärztliche Versorgung zu erhalten.

Es braucht einen gesellschaftlichen Konsens für den Umgang mit pflegebedürftigen Menschen. Es ist beschämend mit dem Hinweis auf den "Teilkasko-Charakter" der gesetzlichen Pflegeversicherung, die alleine von den Arbeitnehmern finanziell getragen wird, das Risiko letztlich umzuverteilen.

Wie stehen Sie zu den in den letzten Jahren vollzogenen Privatisierungen von Krankenhäusern und psychischen Kliniken. Würden Sie den Weg weitergehen - oder den Rückwärtsgang einlegen?

Wir betrachten wir die Gewährleistung der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Krankheiten als Fürsorgepflicht des Staates. Deshalb befürworten wir Initiativen, die einen Erhalt von Kliniken in öffentlicher Trägerschaft zum Ziel haben.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Ausbau von psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern mit dem Ziel weiter fortzusetzen, dass alle Kreise und kreisfreien Städte im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie mit psychiatrischen Abteilungen mit angeschlossenen Tageskliniken und psychiatrischen Institutsambulanzen versorgt werden. Mittelfristiges Ziel ist das System der Fachkrankenhäuser durch ein flächendeckendes System von psychiatrischen Fachabteilungen an Allgemeinkrankenhäusern zu ersetzen.

Ebenso: was würden Sie gegen die Schließungen der kommunalen Krankenhäuser unternehmen?

Das kommt darauf an! Nicht jedes kleine Krankenhaus (es gibt solche mit nur 20 Betten) ist wirklich vernünftig wirtschaftlich zu betreiben. Und nicht jede unwirtschaftliche Betätigung von Krankenhausträgern ist zu Lasten der Versichertengemeinschaft zu rechtfertigen. Es ist sinnvoll nicht mehr als den gesundheitlichen Bedarf zu befriedigen, d.h. durchschnittliche Mengen an Eingriffen weit über westeuropäischem Durchschnitt sind nur bei genügend verlässlicher Begründung zu rechtfertigen. Die sogenannte "Bedarfsplanung" muss in einem größeren als nur einem kommunalen Bezug gesehen werden.

Was beabsichtigen Sie zu tun, um die ärztliche Situation in den ländlichen Gebieten unseres Landes zu verbessern?

Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Anrecht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch, dass gemeindenah bzw. wohnortnah ausreichend Ärzte aller Fachrichtungen vertreten sind. Die Bedarfsplanungen für Vertragsärzte müssen unter Einbeziehung der regionalen Gegebenheiten eine ausreichende Zahl von Vertragsärzten in sinnvoll gegliederten und homogen strukturierten Versorgungsgebieten vorsehen. In ländlichen Regionen mit Unterversorgung ist auch das Modell mobiler Arztpraxen und die Anstellung von Ärzten durch die Kommune eine sinnvolle Ergänzung.

Was wollen Sie unternehmen um den Lobbyismus vor allem im Gesundheitswesen abzuschaffen?

Wir treten für Transparenz bei allen Entscheidungen ein. Das allein wird Licht der Öffentlichkeit auf den Lobbyismus werfen. Das werden all diejenigen scheuen, die ihren Einfluss nicht öffentlich der Gesellschaft gegenüber rechtfertigen können. Wir fordern die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen von der Entstehung über die Bearbeitung und Beratung bis hin zur Beschlussfassung. Das gilt sowohl für die Entscheidungsträger in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens als auch für die politischen Gremien, die daran mitwirken. Dies schließt Beschlüsse über die Verwendung gemeinschaftlich aufgebrachter Mittel, z. B. Pflichtversicherungsbeiträge, ein.

Für Patientinnen und Patienten ist es kaum möglich die Qualität der ärztlichen Behandlung sowohl im Krankenhaus als auch insbesondere im niedergelassenen Bereich zu überprüfen. Die PIRATEN fordern daher die verständliche Aufbereitung, Veröffentlichung und priorisierte Weiterentwicklung von Qualitätsmerkmalen.

In den Organen der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ist die Patientenvertretung ohne Stimmrecht beteiligt. Die PIRATEN wirken darauf hin, dass die Seite der Patientenvertretung mit Stimmrecht ausgestattet und gleichberechtigter Teil der Selbstverwaltungsorgane des

Gesundheitswesens wird. Die Patientenvertretung ist finanziell und organisatorisch mit dem Ziel größerer Transparenz unabhängig auszustatten.

Finden Sie es richtig, dass es für gesetzlich Versicherte zukünftig nur noch Fallpauschalen geben soll?

Jedes Finanzierungsmodell hat positive und negative Auswirkungen. Je länger es besteht, desto besser wissen Eingeweihte damit auch ausufernd umzugehen. Wir treten dafür ein, dass die Qualität der Behandlungsergebnisse, also auch die Zufriedenheit der Patienten, einen Einfluss auf die Honorierungen hat.

Renten

Wie beurteilen Sie die Gefahr steigender Altersarmut? Was halten Sie für sinnvolle Maßnahmen zum Gegensteuern?

Die Gefahr steigender Altersarmut ist evident. Wir wollen ihr mit einer garantierten Mindestrente begegnen:

Atypische, unstete Erwerbsverläufe sowie die Rentenkürzungen der vergangenen Jahre führen dazu, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige über die Rentenversicherung eine armutsfeste Altersrente erreichen werden, Altersarmut wäre die Folge. Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden, dass die Einnahmebasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Welche stärkenden Maßnahmen sehen Sie für die jetzt berufstätige Generation -- ein 2 Säulen Modell (inklusive Riester) oder das praxisbewährte Schweizer 3-Säulen-Renten-Modell? Welche Übergangsmodelle hat Ihre Partei entwickelt?

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten.

Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen. Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden!

Für die private Altersvorsorge fordern wir mehr Transparenz. Die Piratenpartei setzt sich für klar nachvollziehbare Kostenstrukturen bei den privaten Rentenversicherungen ein: Die effektiv anfallenden Kosten und Gebühren einer privaten Rentenversicherung sind als Summe aller Einzelposten in der Gesamlaufzeit, welche von den Versicherten an nichtstaatliche Versicherungsunternehmen zu zahlen sind, direkt neben der zu erwartenden Ablaufleistung (Auszahlungssumme) im Versicherungsangebot sowie in der Versicherungspolice auszuweisen. Der Versicherungsberater hat auf die Gebühren im Gespräch explizit hinzuweisen. Der spekulative Charakter der ausgewiesenen potenziellen Ablaufleistung ist klar darzustellen. Im Beratungsgespräch sowie in den Angebots- und Vertragsunterlagen muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass möglicherweise die garantierten Werte nicht signifikant überschritten werden.

Wird es mit Ihnen eine wirkliche Mütterrente geben?

Wenn Menschen einen großen Teil ihrer Lebenszeit Kindern und Pflegebedürftigen widmen, darf ihnen daraus im Alter kein Nachteil entstehen. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente reicht dafür nicht aus. Wir fordern daher eine Mindestrente als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

Und eine Mindestrente, welche auch die jüngere Generation (die künftigen Rentnerinnen und Rentner) armutssicher absichert und die keine weiteren sozialen Bittstellungen erfordert?

Ja! Details dazu haben wir obenstehend genannt.

Finanzen

Ist der Euro noch zu retten?

Allgemein: Kann es mit dem Euro oder einer anderen / neuen oder der alten D-Mark wieder „besser“ (wie vor dem Euro) werden?

Wir Piraten setzen uns für ein gemeinsames Europa und eine gemeinsame Währung ein, aber wir erkennen auch an, dass sich die Europäische Union zurzeit in der schwersten Krise seit ihrer Gründung befindet. Die Gemeinschaftswährung Euro konnte die ihr ursprünglich zugesetzte Rolle als Motor der weiteren europäischen Integration nicht erfüllen. Die eklatanten Konstruktionsfehler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion tragen im Zuge der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise maßgeblich zur Ausweitung der Ungleichgewichte unter den Eurostaaten bei.

Wir Piraten fordern daher eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Wirtschaftsordnung und haben dazu verschiedene Vorschläge.

Wir gehen davon aus, dass es unabhängig davon, ob es den Euro gibt oder nicht, besser werden kann. Die Piratenpartei tritt für undogmatische Politik ein, und würde die Frage über eine Auflösung des Euro gegebenenfalls diskutieren und auf Grund der Argumente entscheiden. Bisher sehen wir aber keinen Grund zur D-Mark zurückkehren zu wollen.

Befürworten Sie eine Börsentransaktionssteuer?

Ja, die Piratenpartei befürwortet eine Finanztransaktionssteuer. Die Steuermehreinnahmen sollen eine Säule eines Sockeleinkommens finanzieren, das jedem Bürger zustehen soll.

Wie stehen Sie zur Abschaffung des Soli-Beitrages?

Zu dieser Frage dauert die Debatte in unserer Partei noch an. Die nach wie vor existente Notwendigkeit der Unterstützung einzelner Gebiete in den Neuen Bundesländern auf der einen Seite, die schwere wirtschaftliche Lage einzelner Gebiete in den alten Bundesländern hat bislang eine grundsätzliche Entscheidung verhindert. Die neu in der öffentlichen Diskussion eingeführte Idee eines gesamtdeutschen Strukturfonds als Alternative wird bei uns schon länger diskutiert.

Würden Sie einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, wenn die Tarifpartner keinen vernünftigen Mindestlohn in Ihren Verhandlungen zustande bringen?

Ja, die Piratenpartei fordert bis zur endgültigen Festlegung durch eine Expertenkommission einen gesetzlichen bundesweiten branchenübergreifenden Mindestlohn in Höhe von ca. 60% des Durchschnittseinkommens und soll ähnlich dem französischen Vorbild um 8.33% für Leiharbeiter erhöht sein.

Oder wie soll eine spätere Armut der gegenwärtigen Berufstätigen verhindert werden? (Ob nun VerkäuferInnen / Alten- oder KrankenpflegerInnen / Friseur-und Gastronomie-Beschäftigte hier trifft es mal wieder besonders die Frauen).

Wir streben ein bedingungsloses Grundeinkommens an, welches sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Mittelfristig muss das Grundeinkommen folgenden „vier Kriterien“ genügen:

- ohne Bedingungen,
- existenzsichernd,
- individuell berechnet,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung

Wir wissen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen.

Zeitgleich werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen, dass noch vor Ende der Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für Volksabstimmungen auf Bundesebene geschaffen werden. Sie sollen den Bürgern ermöglichen, sowohl die in der Enquete-Kommission vorgestellten als auch andere Grundeinkommens-Modelle als Gesetzentwurf direkt zur Abstimmung zu stellen. Um dabei über eine Vielfalt an Konzepten gleichzeitig entscheiden zu können, sollen Volksabstimmungen auch mit Präferenzwahlverfahren durchgeführt werden können.

Allgemeine Fragen

Der öffentliche Personennahverkehr, vor allem die Busverbindungen sind für Jung und Alt bundesweit in vielen Landkreisen unzumutbar schlecht!!!

Können Sie sich vorstellen Rufsysteme für Sammeltaxen / Taxibusse an den Wochenenden und in den Schwachlastzeiten zu fördern und für die Benutzer bezahlbar zu machen?

Wir sind der Meinung, dass der gesamte Öffentliche Nahverkehr aus- und umgebaut werden sollte. Die Unterhaltung und der Neubau von Verkehrswegen muss nach vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Maßstäben erfolgen. Dies bedeutet selbstverständlich auch in ländlichen Regionen die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger hinreichend zu gewährleisten. Wir sprechen uns klar gegen die Privatisierung von Verkehrsinfrastrukturen aus, welche eine schlechte Versorgung in Schwachlastzeiten begünstigen und unterstützen die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte. Die vorübergehende Einrichtung von Rufsystemen ist bisher nicht diskutiert worden, erscheint uns aber als sinnvolle Idee.

Die zum Teil katastrophale Situation in den Kassen der Kommunen führte zu drastischen Kürzungen bis hin zu Streichungen der Förderungen von Mehrgenerationenhäusern, Frauen-Häusern und Bildungseinrichtungen für Jugendliche. Was beabsichtigen Sie dagegen zu tun?

Diese Situation liegt an unserer ungerechten Steuerpolitik. Wir halten die derzeitige Kürzungspolitik für falsch und erkennen daher die Notwendigkeit von Steuererhöhungen. Starke Schultern sollten starke Lasten tragen und wir sehen es sehr kritisch, dass das deutsche Einkommenssteuersystem über die Jahre undifferenzierter wurde - so zahlen Erwerbstätige der oberen Mittelschicht mit 42% bereits den gleichen Grenzsteuersatz wie Spitzenverdiener. Diese kritische Position steht fest und an der Ausgestaltung der Konsequenzen arbeiten wir. Weiterhin wollen wir uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen und für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Kapitaleinkünfte sollen wieder wie Einkommen aus Erwerbsarbeit besteuert werden.

Sind Sie nicht auch der Meinung, ein Kulturangebot wie Theater, Kleintheater und Kino gehöre zum Volksgut? Auch hier bleiben die Kleinen auf der Strecke und somit geht die Lebens- und Wohnqualität in Kleinstädten und im ländlichen Raum verloren. Wie wollen Sie die Jugend im Dorfe halten?

Inwieweit eine Kommune ihre Attraktivität steigern möchte und welche Mittel sie dazu ergreift muss vorrangig die Kommune entscheiden dürfen. Damit Spielraum für Möglichkeiten existieren, um zum Beispiel seitens einer Gemeinde ein Theater zu unterhalten oder Fahrradwege anzulegen, muss diese entsprechend finanziert sein und die nötigen Befugnisse haben.

Letztendlich müssen die Kommunen ein größeres Mitspracherecht über die Planung der Infrastruktur im Land erhalten und besser ausfinanziert sein. Raumordnungsverfahren und die Planung von Infrastrukturen dürfen nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten scheitern. Lösungsorientierte Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind daher ebenso zu initiieren und zu intensivieren wie die innereuropäische Zusammenarbeit.

Zum Beispiel zur Schließung von Versorgungslücken mit Ärztinnen und Ärzten werden wir uns dafür einsetzen, dass Kommunen das Recht erhalten, hausärztliche Vertragsarztsitze zu übernehmen und dort Ärztinnen und Ärzten anzustellen.

Cities und Einkaufsstraßen in mittelgroßen - und in Kleinstädten sterben aus, weil die Bankenwelt den Mietzins in die Höhe getrieben hat. Wie gedenken Sie hier Einhalt zu gebieten? Ohne Einkaufsleben in den Zentren sterben diese und die Kriminalität kann aufleben. Wenn es keine Einkaufsmöglichkeiten in den Zentren mehr gibt, stirbt auch die Gastronomie und die Spirale von sterbenden Städten und Kriminalitätszunahme dreht sich weiter. Was kann Ihrer Meinung nach dagegen getan werden??

Zuerst einmal ist zu hinterfragen, ob es tatsächlich an der Bankenwelt liegt, wenn Innenstädte aussterben. Gerade im Fall der spektakulären Insolvenzen von Schlecker oder Karstadt liegen diese an Missmanagement oder überhöhten Investorenforderungen.

Weiterhin braucht jede Stadt ein anderes Konzept. Patentlösungen gibt es nicht. Aber verschiedene Ansätze, die sicher den meisten Innenstädten gut tun. So kann mit der verstärkten Ansiedlung von Kunst und Kultur, auch der alternativer Formen, eine andere Art von Publikum in die Städte gebracht werden.

Auch die Ansiedlung alternativer Einzelhandelskonzepte oder innovativer Start-ups kann Abhilfe schaffen. Es bedarf hierbei des Mutes und der Zuversicht von Kreditgebern oder Investoren, die nicht nur den schnellen finanziellen Erfolg im Auge haben. Alternative Formen der Geldakkumulation wie die Kreditbeschaffung von Privat an Privat können hier helfen.

Nicht zuletzt erwarten wir auch mit der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens eine verstärkte Gründung gerade kleinerer Unternehmen. Denn wenn ein Gründer nicht mehr Angst haben muss, vor dem absoluten Nichts zu stehen, sollte sich seine Geschäftsidee am Markt nicht durchsetzen, kann dies der letzte Schritt zur Gründung sein.

Starkstromleitungen durch die gesamte Republik: Warum werden die Leitungen nicht unterirdisch verlegt? Gerade für Menschen mit Herzschrittmachern und ähnlichen Hilfsmitteln entsteht durch Über-Land- Leitungen eine große Einschränkung in ihrer Lebensqualität. Soll hier wieder nur die Kostenfrage die menschlichen Bedürfnisse unberücksichtigt lassen?

Wir Piraten möchten die Energiewirtschaft zu einem umweltschonenden, dezentralen und transparenten System umbauen. Über-Land-Leitungen können so vermieden werden.

Die Piratenpartei Niedersachsen (und damit sicher auch die niedersächsischen Abgeordneten der Piratenpartei) setzt sich für die umfassende Berücksichtigung von Bürgerinteressen beim Stromtransport in Niedersachsen ein.

Sie spricht sich für den vorzugsweisen Ausbau bereits vorhandener Stromnetze durch technische Ertüchtigungsmaßnahmen aus und unterstützt die Bemühungen der Bürger nach weitestgehender Erdverkabelung neuer und alter Stromleitungen. Das dazu bereits existente Nds. Erdkabelgesetz ist in allen seinen Möglichkeiten zu nutzen. Die Notwendigkeit des Netzausbau durch neue Stromtrassen ist in jedem Einzelfall konkret nachzuweisen.

Sowohl Planungen der Streckenführung sowie die eigentliche Umsetzungsplanung müssen transparent und unter frühzeitiger Beteiligung der Bürger stattfinden. Eine Aushöhlung von Bürger- und Umweltrechten, wie mit dem Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz von 2006 beschlossen, lehnen wir ab. Forschungsprojekte im Zusammenhang mit Erdverkabelung sind ebenfalls transparent zu gestalten.

Ziel der Energiepolitik der Piraten ist es, preisgünstige und umweltfreundliche Energie bereitzustellen, um in Zukunft einen hohen Lebensstandard und hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Wichtige Parameter sind dabei Effizienz und Suffizienz, also der Verzicht auf unnötigen Verbrauch, sowie die soziale und gesellschaftliche Verträglichkeit.